

Anträge Parteitag der Freien Demokraten

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
SÄA01	Satzungsänderungsantrag LPT 23-2 Amberg KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	3
SÄA02- WAO	Antrag zur Änderung der Wahl- und Antragsordnung LPT 23-2 Amberg KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	5
	Antrag auf Überarbeitung der Gesetzeslage zur Beschneidung von Jungen Sven Schreiber, KV Eichstätt (LV Bayern)	6
	Integration von UNRWA in UNHCR und Finanzierung der UNRWA durch Deutschland beenden Florian Hilpoltsteiner	10
	Freilichtmuseum Bayern verhindern Felix Meyer	11
	Preisgestaltung des Anwohnerparkens KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	12
	Verhältnismahlrecht in die Verfassung KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	13
	Upgrade für WIFI@DB Starlink für die Bahn KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	14
	E-Residency auch in Deutschland! KV München (Stadtverband) (LV Bayern)	15
	Antrag auf Reduzierung der Umsatzsteuer von Grundnahrungsmittel von 7% auf 4% KV Garmisch-Partenkirchen (LV Bayern)	16
	Konzept einer European Nuclear Deterrence Junge Liberale Bayern (LV Bayern)	17
	Homöopathie hat einen Platz in unserer Gesellschaft - aber nicht in der Apotheke Junge Liberale Bayern (LV Bayern)	19
	Bahnstrategie für Bayern und Deutschland KV Lindau (LV Bayern), Junge Liberale Bayern (LV Bayern)	21
	Kostenexplosionen bei öffentlichen Ausschreibungen verhindern KV Lindau (LV Bayern), Junge Liberale Bayern (LV Bayern)	23
	Bürokratieabbau für Deutschland und Europa KV Lindau (LV Bayern)	24
	Für schnelle und nachhaltige Reformen des Beschaffungswesens der Bundeswehr LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit	25
	Sofortigen Aufwuchs der „Enabler“ (Wegbereiter) in der Bundeswehr prioritär einleiten LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit	28
	Europäische nukleare Abschreckung LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit	30

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
	Fehler nicht wiederholen: Taiwan jetzt unterstützen LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit	33
	Alte Muster aufbrechen – Liberaler Strukturwandel! Matthias Fischbach, Junge Liberale Bayern (LV Bayern), Markus Lüling, Birgit Wegner, Leif Erik Persson, Prof. Dr. Holger Schulze, Michael Cartus, Johannes Loesch, Samuel Michael Stadick, Eser Polat, Felix Bartsch, Wolf Conrad Maser	35
	Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge nicht durch Behörden verschleppen Liberaler Mittelstand Bayern	36
	Wiedereinführung von Vertrauensarbeitszeit und flexiblen Zeitmodellen Liberaler Mittelstand Bayern	37

Antrag SÄA01: Satzungsänderungsantrag LPT 23-2 Amberg

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Satzung der FDP Bayern wird wie folgt geändert:
- 2 • In § 3 Abs. 1 lit. (a) der Satzung wird nach dem Wort „schriftlichem“ der
- 3 Zusatz „oder digitalem“ eingefügt.
- 4 • In den §§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 4, 21 Abs. 7, 23 Abs. 5 lit. b) und Abs. 6, 24
- 5 Abs. 4, 25 Abs. 3 lit. c) und Abs. 4, 26 Abs. 4 und 5, 27 Abs. 3 und 4, 28
- 6 Abs. 4 und 5 sowie 29 Abs. 1, der Satzung wird jeweils nach dem Wort
- 7 „schriftlich“ der Zusatz „(E-Mail genügt, vgl. § 38)“ eingefügt.
- 8 • In den §§ 22 und 33 Abs. 6 der Satzung wird jeweils nach dem Wort
- 9 „schriftlich“ der Zusatz „(vorzugsweise in Textform)“ eingefügt.
- 10 • § 38 der Satzung wird wie folgt neu gefasst (Änderungen hervorgehoben):
- 11 (1) Einladungen und Einberufungen zu allen Veranstaltungen **und Gremien** der
- 12 Partei **und aller Gliederungen sowie alle anderen Mitteilungen, für die diese**
- 13 **Satzung, die Wahl- und Antragsordnung oder die Finanzordnung eine schriftliche**
- 14 **Mitteilung vorsieht**, können auch mit digitaler Post (E-Mail) versandt werden,
- 15 **sofern und** solange das Mitglied diesem Vorgehen nicht widersprochen hat.
- 16 Widersprüche sind in der zentralen Mitgliederdatei **oder sonst in zentraler Form**
- 17 zu vermerken.
- 18 (2) Wenn beim Absender keine Übermittlungsfehlermeldung eingegangen ist,
- 19 gilt die Einladung als ~~erfolgt~~ **zugegangen**.
- 20 (3) **Die Vorschriften über geheime Wahlen bleiben unberührt. Diese können**
- 21 **schriftlich oder in einem geeigneten elektronischen Verfahren, das die**
- 22 **Vertraulichkeit der Stimmabgabe sichert, durchgeführt werden. Einzelheiten**
- 23 **regelt die Wahl- und Antragsordnung.**

Begründung

Die FDP versteht sich selbst als Digitalpartei. Dies ist in der Satzung bisher noch nicht hinreichend abgebildet.

Der digitale Mitgliedsantrag wird seit Jahren praktiziert und wird nun in § 3 der Satzung ausdrücklich zugelassen.

Bei der Vorbereitung von Wahlversammlungen kommen aber immer wieder Zweifel auf, ob die Ladung per E-Mail erfolgen kann. Dies erlaubt § 38 der Satzung grundsätzlich schon seit über 10 Jahren. Er ist aber möglicherweise zu eng gefasst. Es wird daher vorgeschlagen, die Anwendung der E-Mail-Kommunikation ausdrücklich auf alle Mitteilungen der Partei auszudehnen und dies überall dort klarzustellen, wo die Satzung Schriftlichkeit vorsieht.

Bei Berichten soll Textform die Regel werden, sodass auch pdf-Dokumente verwendet und zum Download bereitgehalten werden können.

Schließlich wird § 38 deutlich weiter gefasst, um entsprechende Zweifel auszuräumen, dass eine bestimmte Mitteilungsart nicht erfasst sein könnte. Der Vermerk von Widersprüchen gegen E-Mail-Kommunikation kann in der Mitgliederdatenbank im Feld „Korrespondenzart“ erfolgen. Diese wäre nach Annahme der entsprechenden Satzungsänderungen grundsätzlich auf „E-Mail“ einzustellen. Die Satzung lässt nun aber auch andere Verzeichnisformen zu.

Der neue § 38 Abs. 3 stellt wiederum klar, dass geheime Abstimmungen nicht durch E-Mail-Kommunikation möglich sind. Hierfür bleibt es bei schriftlicher Abstimmung oder entsprechenden Abstimmungssystemen.

Antrag SÄA02-WAO: Antrag zur Änderung der Wahl- und Antragsordnung LPT 23-2 Amberg

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Wahl- und Antragsordnung der FDP Bayern wird wie folgt geändert:
- 2 • § 14 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst (Änderungen hervorgehoben):
- 3 (3) Anträge zu Parteitag und **Versammlungen der Untergliederungen** sind
- 4 spätestens 14 Tage vor deren Beginn an den jeweiligen Vorstand einzureichen und
- 5 von diesem spätestens 7 Tage vor Beginn des Parteitages **oder der Versammlung** den
- 6 Delegierten bzw. den Mitgliedern **zuzusenden oder** zugänglich zu machen. **Der**
- 7 **jeweilige Vorstand soll auf die Antragsfristen spätestens 4 Wochen vor ihrem**
- 8 **Ablauf hinweisen. Anträge zu Versammlungen sind spätestens 2 Wochen vor deren**
- 9 **Beginn an den jeweiligen Vorstand einzureichen; dieser soll die Anträge den**
- 10 **Mitgliedern unverzüglich elektronisch zusenden oder anderweitig zur Verfügung**
- 11 **stellen.**
- 12 • § 14 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst (Änderungen hervorgehoben):
- 13 (6) Anträge sind ~~schriftlich oder~~ in zum Ausdruck geeigneter elektronischer
- 14 Form **in einem gängigen Dateiformat zur Weiterverarbeitung** einzureichen. **Anträge**
- 15 **zu Orts- und Kreisversammlungen können auch schriftlich eingereicht werden.**
- 16 • § 19 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst (Änderungen hervorgehoben):
- 17 (1) Einladungen erfolgen ~~schriftlich mit digitaler Post (E-Mail), es sei denn~~
- 18 **das einzelne Mitglied hat wenn nicht die** Übermittlung durch digitale Post
- 19 **(E-Mail) gemäß § 38 Abs. 1 der Satzung ~~zulässig ist~~widersprochen.**

Begründung

Bei der Einberufung von Versammlungen der Untergliederungen kommt es regelmäßig zu der Erfahrung, dass die Antragsfrist 2 Wochen beträgt, die Ladungsfrist aber nur eine Woche. Mitglieder, die nicht satzungsfest sind und nicht alle E-Mail-Newsletter durchforsten, stellen daher immer wieder überrascht fest, dass sie zu einer Versammlung eingeladen werden, dort aber keine Anträge mehr stellen können. Daher schlagen wir vor, die Antrags- und Mitteilungsfristen für alle Parteitage und Versammlungen einheitlich auf 14 und 7 Tage festzulegen, dies aber zu flankieren durch eine Soll-Vorschrift über einen Hinweis auf diese Fristen. Ein Versäumnis dieser Mitteilung hat aber nicht die Anfechtbarkeit von Beschlüssen zur Folge, denn sie wäre ja nicht ursächlich für die dann dennoch beschlossenen Anträge.

Die Änderung von § 14 Abs. 6 vollzieht nach, dass sämtliche Anträge heute digital vorbereitet werden. Das ist auf allen Gliederungsebenen die Regel und auf Landes-, Bezirks- und Stadt-Ebene Pflicht. Hierdurch soll insbesondere die Erstellung der Antragsbücher und die Einbindung in Antragsplattformen wie Open Slides erleichtert werden. Der neue Wortlaut lässt auch die direkte Antragstellung über Antragsplattformen zu.

Die Änderung von § 19 Abs. 1 dient der Klarstellung, dass E-Mail-Kommunikation die Regel und nicht mehr die Ausnahme ist.

Antrag : Antrag auf Überarbeitung der Gesetzeslage zur Beschneidung von Jungen

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Sven Schreiber, KV Eichstätt (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Antrag auf Überarbeitung der Gesetzeslage zur** 2 **Beschneidung von Jungen**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Die Freien Demokraten Bayern sprechen sich dafür aus, dass §1631d BGB**
5 **„Beschneidung des männlichen Kindes“ als medizinisches Gesetz der längst**
6 **überfälligen 5-jährigen Revision unterzogen wird. In diesem Zuge soll das Gesetz**
7 **grundlegend überarbeitet werden und die körperliche Unversehrtheit eines jeden**
8 **Kindes größtmögliche Beachtung erfahren.**

9 **Dabei müssen sowohl die körperliche Unversehrtheit des Kindes als auch die**
10 **Religionsfreiheit geachtet werden. Wir schlagen vor, dass eine Beschneidung**
11 **(Zirkumzision) von männlichen Kindern aus nicht medizinischen Gründen nur noch**
12 **nach unabhängiger und ausführlicher ärztlicher Beratung (vgl.**
13 **Schwangerschaftsabbruch) erfolgt. Zwar sieht das heutige Gesetz schon eine**
14 **Beratung vor, diese ist jedoch nicht unabhängig, da sie durch die beschneidende**
15 **Person (nicht zwingend Ärzte) erfolgen kann. Bei der Beratung muss auf alle**
16 **Risiken sowie körperlichen und seelischen Folgen detailliert eingegangen werden.**
17 **Das Beratungsgespräch und dessen genauer Inhalt muss schriftlich dokumentiert**
18 **und archiviert werden.**

19 **Die Freien Demokraten Bayern sprechen sich weiter dafür aus, dass die Frist**
20 **einer Verjährung für Körperverletzung durch Beschneidung mit dem 18. Lebensjahr**
21 **des Betroffenen beginnt. Somit hat der Betroffene mit Erreichen der**
22 **Volljährigkeit angemessen Zeit ggf. rechtliche Schritte einzuleiten.**

23 **Ebenfalls sollte in der Gesetzesrevision festgelegt werden, dass eine**
24 **Beschneidung ausschließlich von Ärzten durchgeführt werden darf. Nach aktueller**
25 **Rechtslage dürfen auch Religionsvertreter die Beschneidung durchführen. Dies ist**
26 **problematisch, da nur Ärzte ausreichend starke Schmerzmedikation verabreichen**
27 **dürfen und somit eine ausreichende Schmerzbehandlung unmöglich ist.**

28 **Ferner sprechen sich die Freien Demokraten Bayern dafür aus, dass die bereits**
29 **bestehenden Behandlungsleitlinien in ihrer aktuellen Form verstärkt bekannt**
30 **gemacht werden. Diese Leitlinien besagen, dass bei einer Phimose**
31 **(Vorhautverengung) soweit möglich von einer Zirkumzision abgesehen wird und**
32 **vorwiegend vorhauterhaltend behandelt werden soll. Dieses Bekanntmachen ist**
33 **deswegen erforderlich, da die meisten Opfer von unnötigen Beschneidungen in**
34 **Deutschland dem medizinischen Sektor zuzuordnen sind. Dies ist darauf**
35 **zurückzuführen, dass viele Ärzte noch klassisch Phimosen mit einer Beschneidung**

- 36 behandeln. Um den neusten Forschungsergebnissen zu mehr Bekanntheit zu
37 verhelfen, fordert die FDP Bayern staatliche Stellen auf, eine umfassende
38 Informationskampagne durch die BZgA zu finanzieren, um die Bevölkerung
39 dahingehend zu sensibilisieren.

Begründung

Zuerst muss klar artikuliert werden, dass die FDP und die Antragsteller eine offene und freie Gesellschaft in Deutschland unterstützen und es richtig und wichtig ist, alle Kulturen und Religionen gleichberechtigt wertzuschätzen. Der vorliegende Antrag zielt entsprechend nicht auf eine vollständige Revision des §1631d BGB, sondern lediglich darauf, das Recht des Individuums auf körperliche Unversehrtheit bei gleichzeitiger Achtung der Religionsfreiheit in der Überarbeitung des Paragraphen stärker zu schützen. Die männliche Beschneidung, die für Juden und Muslime wichtiger Bestandteil ihrer religiösen und kulturellen Identität ist, soll in Deutschland weiter erlaubt bleiben. Allerdings sind insbesondere aufgrund der Schwere des Eingriffs zum Schutze der betroffenen, nicht einwilligungsfähigen Kinder und Säuglinge bestimmte Modifikationen im Gesetzestext dringend angebracht. Das Gesetz §1631d BGB, welches heute die Beschneidung an nicht einwilligungsfähigen Kindern und Säuglingen regelt, steht in seiner aktuellen Form im klaren Widerspruch zu einer Vielzahl anderer Gesetze. Hier sind folgende Gesetze zu nennen:

- Art. 2 GG: Jeder hat das Recht [...] auf körperliche Unversehrtheit.
 - Dies ist offensichtlich nicht gegeben.
- Art. 3 GG: Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- Die Beschneidung von Frauen ist seit 2013 in Deutschland ein Straftatbestand (vgl. §226a StGB). Jungen sind daher offensichtlich weniger vor körperlicher bzw. genitaler Unversehrtheit geschützt, unbenommen von der Schwere der Schädigung.
- Art. 4 GG: Die Freiheit des Glaubens [...] [ist] unverletzlich.
- Offensichtlich betrifft dieser Antrag und die Diskussion darum die Religionsfreiheit, ansonsten wäre §1631d BGB niemals beschlossen worden. Dennoch lässt unser Rechtssystem keine Körperverletzung aus religiösen Gründen zu. Deshalb wurde §1631d BGB auch unter der Begründung des Elternrechtes gestellt und nicht mit Religionsfreiheit begründet. Des Weiteren ist ein nicht einwilligungsfähiges Kind nicht religionsmündig und kann sich daher nicht selbstständig für eine religiöse Praxis entscheiden, insbesondere dann nicht, wenn es schwerwiegende körperliche Veränderungen beinhaltet.
- UN-Kinderrechtskonvention Artikel 19 Absatz (1)
- Kinder sind vor körperlicher Schädigung zu schützen. Weiter unten in dieser Begründung wird aufgeführt, warum eine Zirkumzision einem Kind Schaden zufügt.
- UN-Kinderrechtskonvention Artikel 37 Absatz (1)
- Kinder sind vor grausamen und erniedrigenden Behandlungen zu schützen. Eine Zirkumzision ohne ausreichende Betäubung ist eine grausame Behandlung.
- UN-Kinderrechtskonvention Artikel 24 Absatz (3)
- Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen und geeigneten Maßnahmen, um überlieferte Bräuche, die für die Gesundheit der Kinder schädlich sind, abzuschaffen. Eine nicht medizinisch indizierte Zirkumzision kann schädlich sein und ist dann der Gesundheit nicht zuträglich.

Schäden und körperliche Folgen einer Zirkumzision sind mitunter schwerwiegend. Eine ausreichende Aufklärung der Eltern im Vorfeld durch einen Arzt oder Ärztin muss daher künftig eine zwingende

Voraussetzung für die männliche Beschneidung sein.

Mit Blick auf mögliche Schädigungen ist zunächst relevant, dass die männliche Vorhaut Teil der erogenen Zone des Mannes ist. Es ist mittlerweile wissenschaftlicher Konsens, dass die Vorhaut des Mannes einen wichtigen Bestandteil des sexuellen Lustempfindens und des Orgasmus einnimmt; teilweise wird diese sogar als relevanter als die Eichel angesehen. Daher vergleichen viele Männer, die eine Beschneidung nach Beginn ihrer sexuellen Aktivität haben durchführen lassen, den Orgasmus vorher mit Farb- und nachher mit Schwarzweißfernsehen. Durch das Fehlen der erogenen Vorhaut trocknet die Eichel aus und verhornt. Dies und der Fakt, dass mit der Vorhaut (inneres Vorhautblatt, Frenulum, gefurchtes Band, äußeres Vorhautblatt) hoch empfindliches erogenes Gewebe amputiert wird, führt zu einem erheblich verringerten Lustempfinden. Auch wenn es erwachsene Männer gibt, die mit einer Zirkumzision zufrieden sind, sollte und muss eine solche Entscheidung von einem Menschen freiwillig und vollständig informiert getroffen werden können.

Weiter muss bedacht werden, dass die Vorhaut bei Säuglingen im Gegensatz zu Erwachsenen nicht verschiebbar, sondern mit der Eichel noch fest verwachsen ist. Dies ist vergleichbar mit der Verbindung Fingernagel im Nagelbett. Vor der Zirkumzision muss also die Vorhaut gewaltsam von der Eichel getrennt werden, ein sehr schmerzhafter Vorgang. In seltenen Fällen kann es dabei sogar zu einem Pneumothorax (Lungenriss) durch die Schreie des Säuglings kommen. Dies kann so weit gehen, dass der Säugling künstlich beatmet werden muss oder verstirbt [1].

Weitere Folgen einer Zirkumzision sind auch heute noch Todesfälle durch Blutverlust oder Infektion bis hin zur Amputation des Penis zur Rettung des Kindes [2]. Weitere Nebenwirkungen können Fisteln mit oder ohne Verengung der Harnröhre sein, wodurch es dann ein Leben lang zu verstärkten Auftreten von Harnwegsinfektionen kommt.

Auf psychosomatischer Ebene sind als schwerwiegende Folgen Veränderungen in der Schmerzverarbeitung im Gehirn zu nennen sowie teilweise posttraumatische Belastungsstörungen, welche zu Bindungsproblemen bis ins Erwachsenenalter führen können ([3]).

Die Beschneidung von Mädchen und Frauen ist in Deutschland verboten. Der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung wird öffentlichkeitswirksam geführt und angesichts brutaler Schilderungen und Bilder ist eine Ächtung dieser Praxis hierzulande gesellschaftlicher Konsens. Dies lässt jedoch umso unverständlicher erscheinen, warum in der aktuellen Version des Gesetzes zur Regelung der männlichen Beschneidung noch so wenig Gewicht auf die körperliche Unversehrtheit gelegt wird. Zur Erklärung: Die weibliche Genitalverstümmelung (FGM) wird von der WHO grob gesprochen in 4 Schweregrade (FGM Typ 1 - Typ 4) eingeteilt.

Medizinisch betrachtet ist FGM Typ 1a vom Verletzungsgrad und der Schwere des Eingriffs mit der Zirkumzision bei Jungen gleichzusetzen bzw. wird die FGM Typ 1a bisweilen sogar als „milder“ angesehen [4]. Die FGM Typ 1 ist die weltweit am stärksten verbreitete Version der FGM; insbesondere in Indonesien wird dieser Eingriff religiös begründet und von Ärzten im Krankenhaus direkt nach der Geburt angeboten. Dass bei Mädchen illegal sein soll, was bei Jungen erlaubt ist, bricht nicht nur den Gleichheitsgrundsatz. Es macht es für NGOs auch schwieriger, gegen die FGM vorzugehen. Terre des Femmes fordert daher beispielsweise auch ein Verbot einer nicht medizinisch indizierten therapeutischen Vorhautamputation. Leider ist dieser Vergleich der Zirkumzision mit der FGM Typ 1 nicht nur für NGOs in Entwicklungsländer ein Problem, sondern auch für die westliche Welt. So gibt es ein erstes US-Gerichtsverfahren, in dem eine Ärztin, die eine FGM Typ 1 an einem Mädchen durchgeführt hat, nicht bestraft wurde. Dies wurde u.a. mit der Gleichbehandlung der Geschlechter und der „Milde“ des Eingriffes im Bezug zur männlichen Beschneidung begründet. Somit bleibt festzuhalten, dass man weltweit nur erfolgreich gegen Genitalverstümmelung vorgehen kann, wenn man allen Geschlechtern die gleichen Rechte einer körperlichen und genitalen Unversehrtheit zuspricht.

So klar die Sachlage medizinisch ist, so klar ist auch, dass gerade in Deutschland mit seiner Geschichte und der daraus erwachsenen Verantwortung ein solcher Antrag auch im religiös-kulturellen Kontext gelesen wird. Daher wurde 2012 von der damaligen Regierung der Kunstgriff unternommen, die Beschneidung als Elternrecht zu legalisieren, um somit die Diskussion um die Religionsfreiheit zu umgehen. Um Deutschlands Verantwortung gegenüber dem jüdischen Leben und dem Erhalt jüdischer Traditionen gerecht zu werden und dennoch auf dem schmalen Grat innerhalb dieses Dilemmas eine Verbesserung für die Jungen zu erreichen, schlägt dieser Antrag eine ausführliche medizinische Beratung vor. So können sich Eltern in vollem Bewusstsein aller Risiken und Nebenwirkungen für oder gegen eine Zirkumzision entscheiden.

Die NGOs, die sich schon lange in diesem Thema engagieren, können von vielen traurigen Gesprächen erzählen, in denen Eltern ihre Entscheidung zutiefst bereuen, weil das Kind auf der Intensivstation liegt oder eine Penisamputation hat erleiden müssen. All diese Eltern hätten sich im Bewusstsein der Risiken nach eigener Aussage anders entschieden.

Es sollte darüber hinaus selbstverständlich sein, dass die Beschneidung als medizinischer Eingriff ausschließlich durch einen Arzt bzw. eine Ärztin durchgeführt wird, um so auch eine adäquate Schmerzbehandlung zu gewährleisten.

Zuletzt erachten die Antragsteller es für gegeben, den betroffenen Jungen bzw. Männern die Möglichkeit zu geben, sich nachträglich zumindest gerichtlich gegen ihre Zirkumzision zu wehren und Schadensersatz einzuklagen, weshalb eine Verjährung der Körperverletzung in diesem Fall ausgesetzt werden muss bis die Betroffenen volljährig sind.

Quellen:

- [1] Bradley-Fryer, B.; Wiebe, N.; Lander, J (2009) Pain Relief For Neonatal Circumcision. In: The Cochrane Library, Issue 1. 2009
- [2] Bollinger, Dan (2012) Lost Boys. An Estimate of U.S. Circumcision-Related Infant Death. In: Journal of Boyhood Studies. Vol. 4 No. 1 Spring 2012 pp. 78-90
- [3] Behrendt, A.; Moritz, S. (2005) Posttraumatic Stress Disorder and Memory Problems after FGM. In American Journal of Psychiatry. Vol. 126. No 4 May 2005 pp. 1000-1002
- [4] Intime Verletzungen: Weibliche und männliche Genitalbeschneidung (K)ein unzulässiger Vergleich?! – Klinger ISBN: 9783749731993

Antrag : Integration von UNRWA in UNHCR und Finanzierung der UNRWA durch Deutschland beenden

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Florian Hilpoltsteiner
Unterstützer*innen:	Phil Hackemann, Felix Meyer
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass das „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-
- 2 Flüchtlinge im Nahen Osten“ (UNRWA) in die normalen Hilfsstrukturen der UN-
- 3 Flüchtlingshilfe (UNHCR) integriert wird und der Flüchtlingsstatus der
- 4 Flüchtlinge aus den arabisch-israelischen Kriegen nicht mehr vererbt werden
- 5 kann.
- 6 Bestehende Flüchtlinge sollen Anspruch auf volle Staatsbürgerschaft in den
- 7 Ländern erhalten, die entweder die Gebiete im Golan, Westjordanland,
- 8 Ostjerusalem und Gaza bis 1967 annektiert hatten oder in denen die Flüchtlinge
- 9 heute leben. Die Integration in die dortige Gesellschaft soll, insbesondere im
- 10 Libanon, vom UNHCR unterstützt werden.
- 11 Deutschland beendet bis dahin ab sofort alle Zahlungen an das UNRWA, sowohl
- 12 direkte Zahlungen als auch über die EU und setzt sich innerhalb der EU für o.g.
- 13 Ziele ein.

Begründung

Das UNRWA hat sich als großes Friedenshindernis im israelisch-arabischen Konflikt erwiesen. Nach der Vertreibung von ca. 800.000 arabischen und ebenso vielen jüdischen Flüchtlingen im Jahr 1948, wurden die jüdischen Flüchtlinge in die israelische Gesellschaft integriert, während die arabischen Flüchtlinge seitdem in arabischen Staaten als Bürger zweiter Klasse in Flüchtlingsanlagen leben müssen. Statt ihnen in Ägypten, Jordanien, dem Libanon und Syrien grundsätzliche Bürgerrechte zuzusprechen, werden sie als Faustpfand gegen Israel missbraucht und ihnen Staatsbürgerrechte verwehrt.

Das muss im Sinne eines Friedensprozesses und im Sinne der arabischen Flüchtlinge beendet werden. Dort wo eine Rückkehr nicht möglich ist, soll die arabischen Staaten, die bis 1967 die Gebiete des nie gegründeten, arabischen Staates des UN-Teilungsplans besetzten und auf deren Gebiet die Flüchtlinge heute leben, als vollwertige Staatsbürger aufnehmen.

Weiteres erfolgt mündlich.

Antrag : Freilichtmuseum Bayern verhindern

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Felix Meyer
Unterstützer*innen:	Anna Ahlfeld, Benedikt Bente, David Berends, Phil Hackemann, Marie-Beatrice Lengauer-Hettlage
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Ensembleschutz im Denkmalschutz gehört abgeschafft. Art. 1 Abs. 3 Bay.
- 2 Denkmalschutzgesetz gehört daher gestrichen.
- 3 Natürlich gehören bedeutende Einzelbaudenkmäler geschützt und sind
- 4 erhaltenswert. Das ganze Straßenzüge zeitlich für immer wie eingefroren seien
- 5 soll - auch wenn kein einziges Gebäude alleine schützenswert ist - ist aber
- 6 falsch.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag : Preisgestaltung des Anwohnerparkens

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Neuregelung für die Entgelte für Anwohnerparkausweise in
- 2 Bayern. Den Kommunen muss ein breiterer Spielraum bei der Bepreisung
- 3 des Anwohnerparkens eingeräumt werden, damit marktübliche Preise, je nach
- 4 Parkdruck, durch die Kommunen erhoben werden können. Bayern ist
- 5 das einzige Bundesland, dass die Möglichkeit, eine eigene Regelung zu
- 6 treffen, noch nicht nutzt.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag : Verhältniswahlrecht in die Verfassung

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Abgeordneten der FDP im Bundestag werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass die Grundsätze des Verhältniswahlrecht in das Grundgesetz
- 3 aufgenommen werden. Gleiches fordern wir auch für die Bayerische Verfassung.

Antrag : Upgrade für WIFI@DB Starlink für die Bahn

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Phil Hackemann
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Internetzugang in der Deutschen Bahn ist nach wie vor katastrophal. Das
- 2 liegt maßgeblich an dem unzureichenden Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur entlang
- 3 der Bahnstrecken. Zwar fordern wir Freie Demokraten München weiterhin
- 4 einen schnellstmöglichen Ausbau des Mobilfunknetzes in ganz Deutschland, doch
- 5 dies wird absehbar noch lange dauern und viel kosten.
- 6 Daher schlagen wir darüber hinaus vor, zu prüfen, inwieweit die Züge der
- 7 Deutschen Bahn (angefangen mit den ICEs) am Vorbild von bspw. FlyNet der
- 8 Lufthansa mit Antennen ausgestattet werden können, durch welche sich per
- 9 Satellit eine Verbindung mit dem Internet herstellen lässt. Bekannte Anbieter
- 10 dafür sind z.B. Starlink, OneWeb, Inmarsat oder Viasat. Diese Technik wäre,
- 11 anders als die bisherige, unabhängig vom Ausbau des Mobilfunknetzes am Boden und
- 12 lückenlos verfügbar - lediglich in Tunnels müsste weiter auf (bestehende)
- 13 Funkantennen zurückgegriffen werden.

Antrag : E-Residency auch in Deutschland!

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	KV München (Stadtverband) (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern setzt sich dafür ein, dass in München die Rahmenbedingungen für
- 2 eine E-Residency nach estnischen Vorbild geschaffen werden. Die e-Residency ist
- 3 nicht gleichzusetzen mit einer Staatsbürgerschaft, einer Arbeitserlaubnis oder
- 4 einem steuerlichen Wohnsitz. Als e-Resident ist man ein virtueller Bürger und
- 5 kann z.B. Unternehmen digital und unbürokratisch gründen.

Antrag : Antrag auf Reduzierung der Umsatzsteuer von Grundnahrungsmittel von 7% auf 4%

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	KV Garmisch-Partenkirchen (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Armutsquote ist In Deutschland weiter gestiegen. Darin besteht eine Gefahr
- 2 für die Demokratie. Außerdem bedeutet das für die betroffenen Personen einen
- 3 schlechteren Gesundheitszustand sowie einen geringeren Bildungsstand. Solche
- 4 Personen neigen eher dazu das System als Ganzes in Frage zu stellen. Nur rund
- 5 zwei drittel der Menschen unterhalb der Armutsgrenze halten die Demokratie für
- 6 die beste Staatsform.

Begründung

Armut und soziale Polarisierung können unsere Gesellschaft ins Wanken bringen.

Antrag : Konzept einer European Nuclear Deterrence

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Das Ziel der FDP Bayern ist und bleibt eine drastische Reduzierung bis hin zur
2 Eliminierung von ABC-Waffen im militärischen Kontext. Biologische und chemische
3 Waffen verurteilen wir bereits jetzt aufs Schärfste. Zum aktuellen Zeitpunkt
4 bleiben atomare Waffen jedoch essenziell zur Abschreckung und Erhaltung eines
5 Kräftegleichgewichts.
- 6 Konsequent zu unserer Forderung nach einem Europäischen Bundesstaat soll es eine
7 europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrategie inklusive europäischer
8 Streitkräfte geben. Dies stellt ein zentrales Projekt nächster europäischer
9 Integrationsschritte dar.
- 10 Damit muss es auch eine einheitliche europäische Strategie und einen klaren
11 Operationsrahmen zur nuklearen Abschreckung geben.
- 12 Die FDP fordert deshalb die Bundesregierung und insbesondere
13 die Europäische Union dazu auf, ein neues europäisches Organ zur Abschreckung
14 und Sicherung des Friedens innerhalb von Europa mittels nuklearer Waffen mit
15 einer europäischen Kommandostruktur in Zusammenarbeit mit bestehenden Bündnissen
16 zu schaffen.
- 17 Dieses Thema bedarf aufgrund seiner Komplexität und Bedeutung
18 weiterer Konkretisierungen und der Ausarbeitung von Konzepten. Wir wollen hier
19 grobe, strategische Leitlinien einer solchen Entwicklung aufzeigen und an die
20 von
21 Präsident Macron formulierte Idee einer europäischen nuklearen Abschreckung
22 anknüpfen:
- 23 • Nukleare Waffen dienen zur Abschreckung und damit zur Sicherung von Frieden
24 in Europa. Es muss rechtlich gewährleistet sein, dass der Einsatz
25 ausschließlich als letzte Option im Verteidigungsfall erfolgt.
 - 26 • Die Kommandostruktur muss klar geregelt und demokratisch legitimiert sein.
 - 27 • Die Kommandostruktur muss gesamteuropäisch erfolgen und darf nicht unter
28 Kontrolle einzelner Mitgliedsstaaten liegen. Solange dies nicht erreichbar
29 ist, sollen jedoch auch einzelne Mitgliedstaaten im Sinne des Art. 46 EU-
30 Vertrag
31 voranschreiten können und die französischen Atomwaffen unter gemeinsame
32 Kontrolle
33 Dies soll selbstverständlich nur im Einverständnis mit Ländern, die die
34 Atomwaffen stellen, erfolgen – Atomwaffen z.B. von Frankreich sollen nicht
35 gegen
36 deren Willen durch eine qualifizierte Mehrheit erreicht werden können.
 - 37 • Es soll signalisiert werden, dass Europa seinen Herausforderungen
38 entschieden entgegentritt, dies gewährleistet einen Zuwachs an Softpower

39 und

40 Souveränität der EU.

- 41 • Hierbei soll eine enge Anbindung an die NATO erfolgen. Langfristig
42 unterstützen wir eine Eingliederung in NATO-Strukturen, sofern rechtliche
43 Fragen
44 in Mitgliedsstaaten dazu geklärt sind. Dabei soll sich eine Europäische
45 nukleare Abschreckung als sinnvoller Baustein in die Neuausrichtung der
46 NATO
47 einfügen.
- 48 • Eine gemeinsame europäische nukleare Abschreckung steht weiteren
49 Anstrengungen zur Reduzierung von Atomwaffen weltweit und damit auch in
50 Europa
51 und der EU nicht im Weg. Dafür sollen trotz aller Differenzen weitere
52 Verhandlungen mit Atommächten, insbesondere Russland, angestrebt werden,
53 mit dem
54 langfristigen Ziel einer komplett atomwaffenfreien Welt, sobald es die
55 Sicherheitslage erlaubt.
- 56 • Für eine European Nuclear Deterrence fordern wir eine faire
57 Lastenverteilung
58 innerhalb der EU.
- 59 • Es braucht eine klare Struktur zur Gewährleistung fortlaufender
60 Modernisierung
61 und strategischer Anpassung an sich verändernde Gegebenheiten.
- 62 • Dabei ist ein gemeinsamer europäischer, nuklearer Verteidigungsschirm
63 nicht als (quantitative) Aufrüstung von Atomwaffen zu verstehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag : Homöopathie hat einen Platz in unserer Gesellschaft - aber nicht in der Apotheke

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Claudia Teichert
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Präambel:**

2 Wir bekennen uns klar zu wissenschaftlicher Evidenz in der medizinischen
3 Behandlung von Krankheiten. Folglich stellen wir gemäß den aktuellsten
4 wissenschaftlichen Erkenntnissen fest: *Homöopathie besitzt – abgesehen eines*
5 *möglichen Placebo-Effekts – keine erwiesene medizinische Wirksamkeit.*

6 **Maßnahmen zur Neuordnung des gesellschaftlichen Umgangs mit Homöopathie:**

7 Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen, um der Homöopathie in unserer
8 Gesellschaft und der öffentlichen Wahrnehmung den Platz zuzuweisen, der gemäß
9 der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse angebracht erscheint.

10 Hierzu sprechen wir uns für die folgenden Maßnahmen aus:

11 1. Wir fordern, die Klassifizierung von homöopathischen Präparaten als
12 „Arzneimittel“ oder ihr firmieren unter ähnlichen Bezeichnungen zu untersagen,
13 um eine klare Abgrenzung zwischen eben diesen alternativmedizinischen Produkten
14 und Präparaten mit pharmakologisch klar nachgewiesener Wirksamkeit zu schaffen.
15 Homöopathische Präparate sollen stattdessen als „Alternativheilkundliches
16 Präparat“ klassifiziert und deutlich gekennzeichnet werden. Darüber hinaus soll
17 auf der Verpackung und auf den Packungsbeilagen ein Hinweis angebracht werden,
18 der wiedergibt, dass das vorliegende Produkt einer alternativheilkundlichen
19 Lehre entspricht und dass die Wirksamkeit nach wissenschaftlicher Evidenz nicht
20 bewiesen ist.

21 2. Wir fordern weiterhin, die Apothekenpflicht für homöopathische Präparate
22 durch eine Änderung des § 44 AMG aufzuheben, ausgenommen solche Präparate, die
23 allergische Reaktionen auslösen können. Stattdessen sollen homöopathische
24 Präparate gemäß den einschlägigen Regularien zum Vertrieb von
25 Nahrungsergänzungsmitteln frei verkäuflich sein.

26 3. Wir fordern weiterhin die Pflicht für niedergelassene Mediziner und
27 Heilpraktiker, vor der Behandlung mit homöopathischen Präparaten eine umfassende
28 Aufklärung hinsichtlich wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bezug auf die
29 Wirksamkeit dieser Präparate durchzuführen. Diese soll schriftlich dokumentiert
30 und vom Patienten unterzeichnet werden. Ein entsprechendes Formular ist vom
31 Bundesministerium für Gesundheit bereitzustellen.

32 4. Wir fordern weiterhin, die Übernahme von homöopathischen Therapien (sowohl
33 Anamnese und sonstige Behandlungsleistungen als auch Kosten für Präparate) durch
34 die gesetzlichen Krankenversicherungen zu untersagen.

35 5. Homöopathie ist aus Anlage 3 zur ÄApprO zu streichen und mithin nicht länger

- 36 als prüfungsrelevantes Wahlfach zur zweiten ärztlichen Prüfung zuzulassen.
37 Die genannten Maßnahmen sind entsprechend auch auf andere „besondere
38 Therapierichtungen“ im Sinne des Arzneimittelgesetzes, namentlich die
39 Anthroposophie, anzuwenden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag : Bahnstrategie für Bayern und Deutschland

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	KV Lindau (LV Bayern), Junge Liberale Bayern (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Das Deutsche Schienennetz krankt nicht nur an jahrelanger Unterfinanzierung. Wir
2 schaffen es nämlich
3 weder auf der kommunalen oder regionalen Ebene, die bestehenden Fördertöpfe
4 sinnvoll aufeinander
5 abzustimmen, noch auf transnationaler Ebene, sinnvoll mit unseren Europäischen
6 Nachbarn den
7 Güterverkehr zu regeln. Die bestehenden Baumaßnahmen sind selten aufeinander
8 abgestimmt und
9 passen meist auch nicht zum modernen Standard der Schienennetze unserer
10 Nachbarländer. Wir
11 hinken unseren Nachbarn und Partnern innerhalb der europäischen Union in
12 wichtigen Projekten um
13 mehr als ein Jahrzehnt hinterher.
14 Um eine verlässliche Schieneninfrastruktur zu schaffen, fordern wir daher:
- 15 • Einen Strategieentwurf für das gesamte bayerische sowie für das deutsche
16 Schienennetz. Wie
17 bereits in Baden-Württemberg geschehen wollen wir hier auch flächendeckend
18 die Kosten?-Nutzen-Berechnung für Reaktivierung und Ausbau bestehender
19 Bahnstrecken durchführen,
20 damit zu jedem Streckenabschnitt eine vorläufige Zielüberlegung
21 qualifizierte existiere, ob hier
22 Ausbau, Rückbau oder Reaktivierung geplant ist. Damit soll verhindert
23 werden, dass
24 Baumaßnahmen einander behindern oder gar gegenseitig die Kosten in die Höhe
25 treiben.
 - 26 • Ein besonderer Fokus muss auf Reaktivierung ehemaliger Bahnhalte liegen.
27 Dies ist meist sehr
28 kostensparend und scheitert oft nur an hinausgezögerten Verfahren auf
29 Landesebene. Die
30 Kommunalen Bemühungen wollen wir im Besonderen unterstützen.
 - 31 • Das Zugsteuersystem ETCS wollen wir im Gesamtnetz installieren. Das Ziel,
32 die Verlegung bis
33 2025 abzuschließen, bekräftigen wir nochmals.
 - 34 • Bei eingleisigen Strecken, welche noch nicht zweigleisig ausgebaut werden
35 können, muss ab
36 2027 mindestens alle 10 Kilometer ein Ausweichgleis bestehen.
 - 37 • Sämtliche Grenzübergänge wollen wir schnellstmöglich elektrifizieren.
 - 38 • Das Fernverkehrsnetz soll flächendeckend auf den Güterverkehr mit

- 39 europäischer Normlänge von
40 740m ausgelegt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag : Kostenexplosionen bei öffentlichen Ausschreibungen verhindern

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	KV Lindau (LV Bayern), Junge Liberale Bayern (LV Bayern)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Bei Lieferleistungen knapp über 200 000 Euro und Bauleistungen knapp über 5
- 2 Millionen
- 3 Euro greifen europäisch festgelegte Kriterien zur Vergabe von Aufträgen der
- 4 öffentlichen
- 5 Hand, um einen fairen Wettbewerb um öffentliche Aufträge sicherzustellen. Die
- 6 nationale
- 7 Umsetzung sorgt in ihrer derzeitigen Form aber nicht immer zu gerechteren
- 8 Auftragsvergaben.
- 9 Die FDP Bayern fordert daher:
- 10 Eine ausschreibende Behörde soll über die Vergabe- und Vertragsordnung für
- 11 Bauleistungen,
- 12 Teil A, (VOB/A) das Recht erhalten, in Ausschreibungen festzulegen, ob sie ab
- 13 fünf
- 14 Angeboten das höchste und niedrigste Gebot entfernen werden. Firmen, die das
- 15 ursprüngliche Budget wegen fahrlässig unrealistischer Submissionen reißen,
- 16 sollen künftig
- 17 ans Wettbewerbsregister im Bundeskartellamt gemeldet werden und dort fünf Jahre
- 18 lang
- 19 gespeichert werden. Wir möchten §124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB)
- 20 um
- 21 Ausschlussmöglichkeit dieser Unternehmen ergänzen. Als fahrlässig
- 22 unrealistische
- 23 Submission soll hier ein Angebot definiert werden, welches durch absehbare
- 24 Entwicklungen
- 25 um mindestens 80% überschritten wurde. Die Nachweispflicht über die
- 26 Unvorhersehbarkeit
- 27 der Kostenentwicklung soll beim Unternehmen liegen, womit sie sich aus dem
- 28 Register
- 29 streichen können

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag : Bürokratieabbau für Deutschland und Europa

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	KV Lindau (LV Bayern)
Unterstützer*innen:	Andreas Trapp
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Neben den bestehenden nationalen Quellen von Bürokratie für deutsche Bürger und
- 2 Unternehmen
- 3 kommen durch die Europäische Union oft nicht eine Vereinheitlichung der
- 4 Nationalen Normen,
- 5 sondern zusätzliche komplexe Normen hinzu. Bei den Bürgern steigt dadurch nicht
- 6 nur die Komplexität
- 7 des Alltags, sondern auch die EU-Verdrossenheit nimmt stetig zu. Auch
- 8 Unternehmen benötigen oft
- 9 eigene Abteilungen, allein um sicher durch den Dschungel an Paragraphen und
- 10 Normen zu
- 11 manövrieren und allein schon keine Gesetze zu brechen. Diese zusätzliche
- 12 Überregulierung ist gerade
- 13 in Deutschland nicht nötig, da wir bereits bestehende gut Normen haben, welche
- 14 per se nicht schlecht,
- 15 sondern wenn überhaupt schlecht auf unsere Europäischen Nachbarn abgestimmt
- 16 sind.
- 17 Wir fordern daher:
- 18 • Die Einführung des 1-in-1-out-Prinzips bei Übersetzung der EU-Normen in
- 19 deutsches Recht:
- 20 EU-Normen betreffen oft Bereiche, die in Deutschland bereits reguliert
- 21 sind, weshalb die alten
- 22 Normen in den neuen aufgehen sollten. Für jedes Gesetz und jede Norm,
- 23 welche aus EU-Verordnungen übernommen werden, soll ein deutsches Gesetz
- 24 oder eine deutsche Norm
- 25 abgeschafft werden.
- 26 • 1-in-1-out Prinzip auf Europäischer Ebene für neue Normen: Auch die EU
- 27 sollte alte Normen
- 28 auf weitere Relevanz überprüfen und für neue Normen bevorzugt alte Normen
- 29 integrieren,
- 30 oder abschaffen. Zu jeder neu-verabschiedeten Verordnung fordern wir, alte
- 31 Regularien in
- 32 ähnlichem Umfang zu lockern, um das Gesamtmaß an Regulierung nicht
- 33 anwachsen zu lassen

Antrag : Für schnelle und nachhaltige Reformen des Beschaffungswesens der Bundeswehr

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 In der Bundeswehr sind im Beschaffungswesen vor dem Hintergrund eines effektiven
2 und effizienten Einsatzes des zur politischen „Zeitenwende“ angeführten und
3 beschlossenen Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro dringende und
4 schnelle Reformen notwendig.

5 Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
6 (BAAINBw) ist verantwortlich für die Beschaffung von militärischem Gerät und
7 Material sowie für die Planung und Durchführung von Projekten innerhalb der
8 Bundeswehr. Die Genehmigung wesentlicher Beschaffungen durch das
9 Bundesverteidigungsministerium (BMVg), den Verteidigungsausschuss und
10 Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags sind Voraussetzung zur Einleitung
11 der Beschaffungsprozesse.

12 Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Forderungen nach Reformen komplexer
13 Verwaltungsstrukturen und verkrusteter Managementprozesse zu Planung, Einkauf
14 und Erprobung neuer Ausrüstung der Bundeswehr müssen zeitnah in die Tat
15 umgesetzt werden. Die Strukturen des BAAINBw verharren bis heute in den Formen
16 vor der Zeitenwende, was zu langen Vergabe- und Prüfverfahren und damit zur
17 verzögerten Einführung von Wehrmaterial führt. Die heutigen Verfahren werden
18 dabei nicht nur verzögert, sondern führen auch zu Mehrkosten und Risiken bei der
19 Umsetzung.

20 Die gegenwärtigen Beschaffungsverfahren sind insbesondere nur unzureichend
21 ausgelegt, um den schnellen Wandel der Bedarfsforderungen durch sich ändernde
22 sicherheitspolitische Rahmenbedingungen flexibel zu berücksichtigen. Der
23 Patentstreit bei der Sturmgewehrbeschaffung zwischen den Firmen Hänel oder
24 Heckler & Koch zeigt auf, wie vergaberechtliche Probleme bei fehlender
25 rechtlicher Handhabung die Einführung neuen Geräts erheblich verzögern und
26 kostentreibend beeinflussen können.

27 Das Beschaffungsbeschleunigungsgesetz (BwBBG) war ein erster richtiger Schritt
28 zur Beschleunigung von Beschaffungsvorhaben. Die stark bürokratisierten
29 Prozessstrukturen von größeren Rüstungs- und Projektvorhaben lähmen die
30 Bundeswehr aber weiterhin.

31 Veränderungen bzw. Verbesserungen sind geboten beim Personalmanagement, beim
32 Bürokratieabbau, bei der durchgehenden Digitalisierung und beim Aufbau eines
33 modernen Qualitätsmanagements.

34 **Um diesen Problemen zu begegnen, fordern die Freien Demokraten Bayern:**

- 35 1. Eine Erhöhung der Wertgrenzen für Einzelvorlagen von 25 Mio. € auf 100 Mio.
36 € im Bundestag. Die Erhöhung führt dazu, dass künftig Vorhaben bis zu 100

- 37 Mio. € nicht mehr vom Bundestag zeitaufwendig beraten und beschlossen
38 werden müssen. Hierdurch werden Entscheidungen für größere Rüstungsvorhaben
39 beschleunigt.
- 40 2. Politisch legalisierte Vorlagen, die es dem BMVg und dem BAANBw im
41 Spannungsfall erlauben, Vergabeverfahren zu verkürzen und damit die
42 Beschaffung ohne wesentliche Einspruchsmöglichkeiten zu beschleunigen.
43 Hierzu sollen Vereinbarungen mit den EU-Partnern zu Ausnahmeregelungen zur
44 Abweichung der EU-weiten Vergaberichtlinien getroffen werden.
- 45 3. Die Vergabe von Direktaufträgen soll für die Truppen bzw. Dienststellen von
46 5.000 € auf 50.000 € angehoben werden.
- 47 4. Die Einführung von zeitlich strafferen Beschaffungsplänen mit starkem
48 Monitoring der Zeitachsen unter Beibehaltung der ursprünglichen
49 Anforderungen. Zeitliche Verzögerungen sind bei dringlichen
50 Beschaffungsvorhaben nicht hinnehmbar.
- 51 5. Eine Großgerätreserve und Munitionsbevorratung (Stille Reserve) mit dem
52 Ziel der Verbesserung der Durchhaltefähigkeit und „Kaltstartfähigkeit“ soll
53 für unterschiedliche Bedrohungs- und Einsatzszenarien eingerichtet werden.
- 54 6. Die Fokussierung auf die Robustheit von Gerät, einschließlich der
55 Instandsetzbarkeit unter feldmäßigen Bedingungen.
- 56 7. Ausstattung von Kapazitäten für alle Einsatz-notwendigen
57 Instandsetzungsstufen (kapazitiv und materiell) in der Bundeswehr und in
58 der Industrie sowie eine den strategischen Anforderungen an die
59 Durchhaltefähigkeit angepasste Ersatzteilbevorratung.
- 60 8. Den Ausbau der Produktions-, Lager- und Transportkapazitäten für die
61 logistische Versorgung der Einsatzkräfte (Ersatzteile, Verpflegung,
62 Munition und Betriebsstoffe).
- 63 9. Die Berücksichtigung von Interoperabilität und Austauschbarkeit von
64 militärischen Ausrüstungen und Material durch Bedarfsträger und
65 Bedarfsdecker. Hieraus folgt eine Konzentration auf den Kauf bewährter und
66 marktverfügbarer Lösungen in Kooperation mit den Verbündeten und Partnern
67 aus NATO und EU.
- 68 10. Reformen des Preisrechts und Vertragsrechts zur Vereinfachung der Vergabe-,
69 Genehmigungs- und Abnahmeverfahren, insbesondere
- 70 • Zulassung von Risikozuschlägen.
 - 71 • Incentivierung von Leistungen (z.B. Bonus für zeitgerechte und
72 frühzeitige Lieferung, nicht nur der heute angewandte Malus für
73 verspätete Lieferungen)
 - 74 • Eine neue Haftungsregulierung, die nicht nur den Auftragnehmer sondern
75 auch den Auftraggeber betrifft.
 - 76 • Vereinfachung der Vertragsformen, die geringere Ansprüche an die
77 formalen und juristischen Risiken stellt.
- 78 11. Zulassung der teilweisen Nichteinhaltung des ESG (Umwelt, Soziales, Gute
79 Geschäftsführung) -Kriterienkatalogs der EU bei Aufträgen hoher
80 militärischer Notwendigkeit.

- 81 12. Standardisierung des Beschaffungsprozesses (Mustervertragskomponenten) bei
82 Beschaffungsvorhaben unter 5 Mio. €.
- 83 13. Einschränkung der Anwendung der Vergabeverordnung für die Bereiche
84 Verteidigung und Sicherheit bei Ergänzungs- und Nachbeschaffungen sowie bei
85 der Verlängerung der Nutzungsdauer von militärischen Einsatzmitteln (gilt
86 auch für die Geschäftsbereiche im BMVg).
- 87 14. Prüfung der Beschaffungsbeschleunigung durch bevorzugte Vergabe eines
88 Beschaffungsauftrags an marktverfügbare Lösungen. Dabei aber unter
89 Berücksichtigung der Fertigungskapazitäten der Lieferanten.
- 90 15. Beachtung von Beschaffungsgrundsätzen zum Erhalt von nationalen Schlüssel-
91 /Kernkompetenzen für die Entwicklung, Herstellung, logistische Versorgung,
92 Instandsetzung und Modernisierung von militärischer und dual nutzbarer
93 Ausrüstung der Bundeswehr.

Antrag : Sofortigen Aufwuchs der „Enabler“ (Wegbereiter) in der Bundeswehr prioritär einleiten

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 „Enabler“ aller Truppen - und da vor allem für die Logistik und für den
2 Sanitätsdienst - sind für die moderne Kriegsführung kriegsentscheidende
3 Fähigkeiten. Dies zeigt sich sowohl an vielen historischen Beispielen als auch
4 heute im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.
5 Die entsprechenden Truppenteile der Bundeswehr sind heute immer noch mit dem
6 Stellenschlüssel besetzt, der für Auslandseinsätze vorgedacht war, bei denen nur
7 kleine Heereseinheiten meist über Lufttransporte versorgt werden mussten, dies
8 sowohl zur Nachführung von Gütern als auch zum Abtransport von Verwundeten.
9 Diese Einheiten sind in keiner Weise personell oder materiell ausgestattet,
10 einen vollen Einsatz der Bundeswehr, weder in der jetzigen noch in der
11 Zielstruktur 2027 mit einer zusätzlichen Division und weiteren dislozierten
12 Kräften in Litauen zu unterstützen. Dies betonen seit Jahren hochrangige
13 Vertreter der Bundeswehr, unter anderem der Inspekteur des Sanitätsdienstes, der
14 laut seinen Simulationen das Vierfache seines jetzigen Sanitätsdienstes
15 bräuchte, um das Heer allein in seiner heutigen Form zu versorgen. Ein Erreichen
16 des Solls zu einem aufgewachsenen Heer 2027 ist deshalb schon heute nicht
17 realistisch, da allein die zivile Ausbildung eines Notfallsanitäters 3 Jahre
18 dauert.

19 Wir Freien Demokraten fordern dazu:

20 **Sofortiger deutlicher Aufwuchs des „grünen“ Sanitätsdienstes**

21 Der gesamte Bereich der sanitätsdienstlichen Einsatzverbände muss so früh wie
22 möglich in die Lage versetzt werden, dem Heer auch bei Großübungen sowohl für
23 Verwundetentransporte als auch zur Versorgung in Einrichtungen der NATO zur
24 Verfügung zu stehen. Dabei soll insbesondere der derzeitige Anteil an
25 Teilzeitkräften im Sanitätsdienst (teils bis zu 50%) bei der Personalplanung
26 berücksichtigt werden. Idealerweise soll jeder Heereseinheit eine ausreichende
27 Anzahl an Sanitätskräften zugewiesen werden, sodass ein Verschieben der Kräfte
28 und des Materials aus anderen Einheiten nicht mehr notwendig ist.

29 **Regelmäßige Übungen der „Enabler“ mit dem Heer**

30 Es müssen wieder in Manövern die Verschiebung und Versorgung großer Anteile des
31 Heeres im Zusammenschluss mit den „Enablern“ geübt werden, um eingespielte Teams
32 zu bilden und die Fähigkeits- und Kenntnislücken, die in der Zeit der
33 Auslandseinsätze entstanden sind, zu schließen

34 **„Enabler“ materiell ausreichend ausrüsten**

35 Die Logistik der Bundeswehr muss über ausreichend Transportmittel verfügen, um
36 innerhalb weniger Wochen die geforderten Bundeswehrverbände in den geforderten

37 kurzen Zeiträumen an die NATO-Außengrenze verlegen zu können, diese dort laufend
38 mit Material zu versorgen, und die Verwundeten abzutransportieren. Der
39 Sanitätsdienst muss ausreichend ausgerüstet werden, um für die gesamte
40 mobilisierte Bundeswehr ausreichend mobile Rettungszentren aufbauen und
41 betreiben zu können. Der Abbau und die Verlegung dieser Einheiten muss ebenfalls
42 regelmäßig geübt werden. Dabei soll die Schiene als Transportmittel vorrangig
43 genutzt werden.

44 **Internationale Zusammenarbeit etablieren**

45 Falls diese Forderungen nicht in der geplanten und vereinbarten Zeit erfüllt
46 werden können, müssen Konzepte erarbeitet werden, um diese Aufgaben im
47 Schulterschluss mit unseren internationalen Partnern zu bewältigen. Denkbar ist
48 beispielsweise ein EU-Sanitätsdienst, da die Sanitäter ohnehin traditionell
49 weltweit vernetzt zusammenwirken (z.B. Rotes Kreuz) und praktisch nichts aus
50 diesem Arbeitsbereich der Geheimhaltung unterliegt.

Antrag : Europäische nukleare Abschreckung

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Seit dem Ende der Sowjetunion ist trotz verschiedener Abrüstungsbemühungen
- 2 leider keine Trendumkehr in der weltweiten nuklearen Bewaffnung zu erkennen:
- 3 Nordkorea kam sogar als neue Atommacht hinzu, der Iran könnte schon bald zu
- 4 einer Atommacht werden und verfügt über ballistische Mittelstreckenraketen, die
- 5 Israel und europäische Staaten bedrohen können.
- 6 Zudem eskaliert auch Russland immer weiter: Nach den aktuellen, kontinuierlich
- 7 geäußerten Drohungen Russlands, Atomwaffen gegen die Ukraine und gegen die sie
- 8 unterstützenden NATO-Staaten einzusetzen, sollten diese in den Ukrainekrieg mit
- 9 eigenen Kräften direkt eingreifen. Es ist daher zwingend erforderlich geworden,
- 10 die nukleare Abschreckungsfähigkeit der NATO, der europäischen Partnerländer und
- 11 Deutschlands zu überprüfen und sicherzustellen, damit es nicht zu einem solchen
- 12 Schreckensszenario kommt.
- 13 Alle europäischen Staaten, auch Deutschland, haben sich durch Unterzeichnung des
- 14 Atomwaffensperrvertrages auf nationaler Ebene verpflichtet und damit auf die
- 15 Herstellung, Verfügung und Weiterverbreitung eigener nuklearer Waffensysteme
- 16 verzichtet. Für Deutschland kommt noch eine zusätzliche Verpflichtung im Rahmen
- 17 des 2+4-Vertrages hinzu. Wir wollen uns an diese Verträge halten und diese
- 18 nationalen Verpflichtungen weiterhin erfüllen.
- 19 Die Unterzeichnerstaaten in Europa sind daher auf einen nuklearen Schutzschirm
- 20 eines Verbündeten mit einem Atomwaffenarsenal angewiesen. Obwohl auch Frankreich
- 21 und das Vereinigte Königreich über Atomwaffen zur Verteidigung des eigenen
- 22 Territoriums verfügen, sind im Rahmen der NATO-Abschreckungsstrategie heute die
- 23 USA unsere einzige nukleare Schutzmacht. Der Befehl zum Einsatz von Atomwaffen
- 24 in Europa kann konsequenterweise bisher ausschließlich vom amerikanischen
- 25 Präsidenten ausgelöst werden, die Teilnehmer des Teilhabe-Arrangements (neben
- 26 Deutschland sind dies Belgien, Italien, Niederlande und die Türkei) können dann,
- 27 falls sie ebenfalls dem Einsatz zustimmen, mit Trägersystemen unter lokalem
- 28 Kommando den Einsatz ausführen. An dieser nuklearen Teilhabe wollen wir Freie
- 29 Demokraten weiterhin festhalten und die Fähigkeiten dazu erhalten.
- 30 Nichtsdestotrotz muss Europa auch in die Lage versetzt werden, sich im Zweifel
- 31 aus eigener Kraft verteidigen zu können. Obwohl die USA unser engster
- 32 Verbündeter bleiben, haben Äußerungen verschiedener hochrangiger Vertreter der
- 33 Republikaner inklusive des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Donald Trump
- 34 Zweifel an der langfristigen Verlässlichkeit des Abschreckungswillens der USA
- 35 zur Verteidigung der europäischen Partner aufkommen lassen. Insbesondere droht
- 36 der Verlust einer wirksamen Abschreckung in Bedrohungslagen, in denen nur
- 37 europäische Regionen, nicht aber die USA selbst bedroht oder angegriffen werden.
- 38 Nukleare Abschreckung beruht aber genau darin, dass der Gegner vom

39 unerschütterlichen Willen zur nuklearen Reaktion überzeugt wird und wegen der zu
40 erwartenden Folgen eines wirkungsvollen Gegenschlags von einem eigenen nuklearen
41 Angriff absieht. Es ist daher geboten, die nukleare Strategie für Europa neu zu
42 überdenken.

43 Zur Festigung der flexiblen Reaktionsfähigkeit der europäischen Länder ist der
44 Ausbau einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie und eines eigenen, ergänzenden
45 nuklearen Schutzschirms für Europa erforderlich.

46 Dazu fordern wir Freie Demokraten Bayern:

- 47 1. Deutschland und weitere europäische Staaten sollen das Angebot des
48 französischen Präsidenten annehmen, auf Basis einer verstärkten *Force de*
49 *Frappe* ein EU-eigenes Atomwaffenarsenal unter einem supranationalen
50 Einsatzbefehl und dem Kommando des Militärausschusses der Europäischen
51 Union, aber mit Veto-Recht für den französischen Präsidenten, als nuklearen
52 Abschreckungsschirm für Europa aufzustellen.
- 53 2. Als Ergänzung zu der nuklearen Abschreckung ist eine eigene Strategie der
54 flexiblen Antwort der EU in Anlehnung an die NATO-Strategie zu entwickeln.
55 Insbesondere muss die neue gemeinsame Strategie eine klare Aufteilung der
56 Verantwortung und eine eindeutig definierte Pflicht zum Gegenschlag für die
57 europäisch-französischen nuklearen Streitkräfte und für die US-
58 Atomstreitkräfte in Europa und im globalen Konflikt erfolgen. So muss
59 insbesondere strategisch festgelegt werden, wer auf einen nuklearen Angriff
60 mit welchem Gegenschlag zu antworten hat. Dies muss aus Gründen der
61 Abschreckung glaubhaft für potentielle Gegner kommuniziert werden.
- 62 3. Im Rahmen dieser als „flexible Antwort“ bezeichneten Abschreckungsstrategie
63 sind von den beteiligten EU-Staaten alle geeigneten Einsatzmittel zu
64 beschaffen, bereitzustellen und ständig einsatzbereit zu halten, wie
 - 65 • Aufklärungs- und Führungsmittel aller Art zur Einsatzvorbereitung und
66 Einsatzunterstützung
 - 67 • Raketenabwehrsysteme zur Abwehr der Angriffe durch gegnerische
68 Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern, Drohnen und L/B
69 Waffensystemen aller Art
 - 70 • Flugzeuge zum Einsatz nuklearer L/B Einsatzmittel
 - 71 • Schiffe, wie Fregatten und U-Boote als Einsatzplattformen nuklearer
72 Einsatzmittel
 - 73 • Einsatzstandorte und Abschussplattformen für nukleare B/B
74 Einsatzmittel
- 75 4. Zur Einbindung von EU-Staaten mit kleineren Armeen ist durch die EU die
76 Bildung multinationaler Verbände zur Bündelung der Mittel und der
77 personellen Kräfte zu fördern und zu koordinieren.
- 78 5. Die in die gemeinsamen, ergänzenden Abschreckungsstreitkräfte eingebundenen
79 französischen land-, luft- und seegestützten nuklearen Einsatzmittel sind
80 zur Beschaffung, Modernisierung und zum Erhalt der Einsatzbereitschaft
81 gemeinsam über den EU-Haushalt zu finanzieren.
- 82 6. Auch europäischen Partnerstaaten außerhalb der EU sollte es zudem

83 offenstehen, einem solchen europäischen nuklearen Schutzschirm beizutreten.

Antrag : Fehler nicht wiederholen: Taiwan jetzt unterstützen

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	LFA BY IV Freiheit und Menschenrechte weltweit
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Als Freie Demokraten stehen wir für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie
2 weltweit. Der völkerrechtswidrige Invasionskrieg Putins in der Ukraine hat
3 gezeigt was passiert, wenn der Westen zu lange die Drohungen autoritärer Regime
4 ignoriert, statt ihnen entschieden entgegenzutreten. Wir und die
5 Weltgemeinschaft insgesamt müssen daher noch deutlicher machen, dass wir das
6 Völkerrecht verteidigen werden, um den Rückfall in eine Herrschaft der Stärkeren
7 und gewaltsame Landnahmen, mit all ihren katastrophalen Folgen, die wir aus der
8 Geschichte kennen, zu verhindern.
- 9 Diese nun endgültig notwendige Zeitenwende in der internationalen Politik darf
10 sich aber nicht nur auf Europa beziehen. Auch Taiwan, auf der sich eine liberale
11 Demokratie etabliert hat, wird von der kommunistischen Volksrepublik China immer
12 wieder offen bedroht. Unter Chinas Staatschef Xi Jinping hat sich hierbei nicht
13 nur die Rhetorik verschärft, sondern haben auch die militärische Provokationen
14 und Vorbereitungen einer gewaltsamen Annexion weiter zugenommen. Das dürfen wir
15 nicht länger ignorieren.
- 16 Für uns gelten hierbei folgende Grundsätze:
- 17 • Wir dürfen das Framing der Volksrepublik nicht übernehmen, laut der Taiwan
18 eine „abtrünnige Provinz“ und eigentlich Teil ihres Staatsgebietes sei.
19 Denn das ist schlichtweg falsch: Taiwan war nie Teil der Volksrepublik,
20 sondern hat sich unabhängig von ihr zu einer liberalen Demokratie
21 entwickelt. Obgleich viele Staaten, darunter Deutschland, entsprechend der
22 „Ein-China-Doktrin“, keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China
23 auf Taiwan unterhalten, bedeutet dies keine Anerkennung der dortigen
24 Gebietsansprüche der Volksrepublik. Eine Invasion oder Blockade der Insel
25 wäre somit keine „innerstaatliche Angelegenheit“ Chinas, sondern ebenfalls
26 eine inakzeptable, völkerrechtswidrige Aggression, welche die Welt nicht
27 hinnehmen darf. Ebenso darf die Freiheit des Luftraums und der Seewege in
28 der Region nicht behindert werden.
 - 29 • Wir wollen unser friedliches und freundschaftliches Verhältnis sowohl zur
30 Volksrepublik, als auch zu Taiwan beibehalten. Solange die Volksrepublik
31 ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen respektiert, steht dem nichts im
32 Wege. Wir werden jedoch auch nicht akzeptieren, wenn die Volksrepublik
33 durch Einschüchterungstaktiken versucht, Kontakte von Drittstaaten zu
34 Taiwan zu unterbinden. Es steht jedem souveränen Staat frei, selbst zu
35 entscheiden, wie und mit wem er Handel treibt, Besuche abstattet und (auch
36 diplomatische) Beziehungen unterhält. Wir verbitten uns daher chinesische
37 Einflussnahmen hierauf und werden diese unsererseits als unfreundliche Akte
38 beantworten.

39 Dementsprechend fordern wir folgende konkrete Maßnahmen:

- 40 • Gemeinsam mit unseren Partnern müssen Deutschland und Europa deutlich
41 machen, dass wir Aggressionen der Volksrepublik gegenüber Taiwan nicht
42 akzeptieren, sondern mit scharfen Gegenmaßnahmen beantworten werden. Dies
43 umfasst weitgehende Wirtschaftssanktionen, sowie im Falle einer Invasion
44 oder Blockade auch eine umgehende diplomatische Anerkennung der Republik
45 China auf Taiwan und umfassende militärische Hilfsleistungen. Hierzu müssen
46 schon jetzt vorausschauende Unterstützungspläne erarbeitet werden.
- 47 • Damit wir hierbei überhaupt Handlungsspielraum haben, müssen wir einseitige
48 Abhängigkeiten von China ausräumen: Das bedeutet insbesondere, durch eine
49 Diversifikation der Lieferketten neue, alternative Handelspartner zu
50 gewinnen sowie strategisch relevante chinesische Übernahmen und
51 Einflussnahmen in Europa besser zu kontrollieren und nötigenfalls zu
52 unterbinden.
- 53 • Um eine militärische Auseinandersetzung präventiv zu verhindern, sollten
54 wir ebenfalls aus den Fehlern im Hinblick auf die Ukraine lernen: Daher
55 muss Taiwan unter Einbeziehung regionaler Partner (z.B. USA, Australien,
56 Japan und Südkorea) umgehend in ein System der kollektiven Sicherheit
57 eingebettet und mit modernen Waffensystemen ausgestattet werden, um eine
58 wirksame Abschreckung sicherzustellen. Deutschland könnte sich im Rahmen
59 einer internationalen Sicherheitsallianz an einer Ausrüstung von Taiwan mit
60 Wehrmaterial, u.a. mit U-Booten zur Verteidigung ihrer Seewege, beteiligen.
- 61 • Wir wollen außerdem die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu
62 Taiwan ausbauen. Um diese auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen,
63 wollen wir, dass Verträge zwischen Deutschland und weiteren EU Staaten mit
64 Taiwan nach dem Vorbild des US Taiwan Relations Act abgeschlossen werden.
65 Darin sollten auch ein erleichterter Zugang für Arbeitskräfte und
66 Studenten, verstärkte Kultur- und Forschungs Kooperationen sowie ein
67 regelmäßiger Austausch mit den öffentlichen Verwaltungen enthalten sein.
68 Darüber hinaus setzen wir uns für ein umfassendes Investitions- und
69 Handelsabkommen zwischen der EU und Taiwan ein. Dies alles ist auch
70 unterhalb der Schwelle voller diplomatischer Beziehungen möglich.
- 71 • Zuletzt fordern wir die Aufnahme Taiwans in relevante Internationale
72 Organisationen, insbesondere in die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die
73 Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) und die Internationale
74 Seeschiffahrts-Organisation (IMO). Denn spätestens die Corona-Pandemie hat
75 gezeigt, dass der rein politisch motivierte Ausschluss Taiwans aus diesen
76 Gremien extrem negative Konsequenzen für uns alle hat. Dass dies möglich
77 ist zeigt etwa Taiwans bereits bestehende Mitgliedschaft in der
78 Welthandelsorganisation (WTO).

Antrag : Alte Muster aufbrechen – Liberaler Strukturwandel!

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Matthias Fischbach, Junge Liberale Bayern (LV Bayern), Markus Lüling, Birgit Wegner, Leif Erik Persson, Prof. Dr. Holger Schulze, Michael Cartus, Johannes Loesch, Samuel Michael Stadick, Eser Polat, Felix Bartsch, Wolf Conrad Maser
Unterstützer*innen:	Nick Hechtel, Franz Märtl
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*
- 2 Bei den Wahlen für das Parteipräsidium sollen keine Mitglieder von Regierungen
- 3 oder aus Vorständen der Parlamentsfraktionen antreten. Es kann maximal ein
- 4 Drittel der Positionen im Präsidium und im Parteivorstand mit Abgeordneten
- 5 besetzt werden. Der Landesvorstand soll hierzu eine Satzungsänderung in Bayern
- 6 vorbereiten und beim Bundesparteitag der FDP ebenso entsprechende Initiativen
- 7 einbringen.

Begründung

Um der Parteiarbeit auf Landes- und Bundesebene der FDP ein noch größeres Gewicht zu verleihen, soll diese unabhängiger von der Parlaments- oder Regierungsarbeit erfolgen können. Dazu braucht es grundsätzlich eine stärkere Aufgabenteilung bei Führungspositionen. Der direkte Informationsaustausch kann weiter über Kooptationen erfolgen.

Antrag : Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge nicht durch Behörden verschleppen

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Liberaler Mittelstand Bayern
Unterstützer*innen:	Sebastian Prüm, Andreas Trapp, Julian Kehrlé, Ursula Lex
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge nicht durch Behörden**
2 **verschleppen**

3 *Eingereicht vom Liberalen Mittelstand Bayern*

4

5 Die FDP Bayern fordert, dass bei Anfrage einer Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge
6 durch einen Arbeitgeber, nach der Frist von einem Monat, diese als erteilt gilt
7 (Genehmigungsfiktion), wenn bis dahin kein Entscheid durch die Behörde ergeht.

8 Danach ist eine Entziehung der Arbeitserlaubnis nur durch dringenden Grund
9 möglich (z.B. Abschiebung wegen Straftat o.ä.).

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag : Wiedereinführung von Vertrauensarbeitszeit und flexiblen Zeitmodellen

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Liberaler Mittelstand Bayern
Unterstützer*innen:	Andreas Trapp, Julian Kehrle
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wiedereinführung von Vertrauensarbeitszeit und** 2 **flexiblen Zeitmodellen**

3 *Eingereicht vom Liberalen Mittelstand Bayern*

- 4 Die Freien Demokraten Bayern fordern, dass Vertrauensarbeitszeitmodell im Rahmen
5 der bestehenden Gesetzgebung für Arbeitskräfte, deren Arbeitsleistung sich an
6 der Aufgabenerfüllung und nicht an Zeitvorgaben orientiert, wiedereinzuführen.
7 Des Weiteren fordern wir die grundsätzliche Möglichkeit für Unternehmen, Ihren
8 Mitarbeitern, oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze Vertrauensarbeitszeit ohne
9 Zeiterfassung zu gewähren.

Begründung

Erfolgt mündlich.